

Antrag

der Abgeordneten Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Roger Beckamp, Sebastian Münzenmaier, René Bochmann, Dr. Christina Baum, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Dr. Malte Kaufmann, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Kommunale Wärmeplanung und Dekarbonisierung der Wärmenetze stoppen – Sichere, lückenlose und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland ist laut einer Prognose des IWF das einzige G7-Land, in dem im Jahr 2023 das BIP schrumpft.¹ Dies hat seine Ursachen unter anderem in der Energiepolitik der deutschen Bundesregierungen der letzten 20 Jahre, die systematisch die Infrastruktur für die Energieerzeugung in Deutschland zerstört.

Die erste Rot-Grüne Bundesregierung hat bereits 2002 den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Unter Führung der CDU-Kanzlerin Merkel beschleunigte die Große Koalition 2011 den Ausstieg.² Die aktuelle Ampel-Koalition denkt auch in Zeiten der größten Energiekrise nicht daran, diese sichere und laut EU-Kommission „grüne“ Energie³ wieder zu reaktivieren, obwohl laut einer Studie der angesehenen Radiant Energy Group⁴ die Möglichkeit besteht, acht Kernkraftwerke innerhalb kurzer Zeit wieder in Betrieb zu nehmen. Laut einer Allensbach Umfrage ist die Mehrheit der Deutschen für eine weitere Nutzung der Kernkraft zur Energieerzeugung.⁵

Gleichzeitig treiben außer der AfD alle Parteien den Kohleausstieg voran. Wiederum war es die von der CDU geführte Koalition, die mit dem Kohleausstiegsgesetz 2020 endgültig den Sargdeckel über den Kohlebergbau in Deutschland legte. Die Bundes-

¹ <https://de.euronews.com/2023/07/30/deutschlands-schrumpfende-wirtschaft-sorgenkind-2023-in-eurozone-und-g7> Zugriff am 08.08.2023

² www.base.bund.de/DE/themen/kt/ausstieg-atomkraft/ausstieg_node.html Zugriff am 08.08.2023

³ www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-kommission-taxonomie-103.html Zugriff 08.08.2023

⁴ www.radiantenergygroup.com/reports/restart-of-germany-reactors-can-it-be-done Zugriff 08.08.2023

⁵ www.rundblick-niedersachsen.de/umfrage-zeigt-in-der-naechsten-landtagswahl-in-niedersachsen-koennte-rot-gruen-keine-mehrheit-haben/ Zugriff am 08.08.2023

regierung spielt fahrlässig mit der Energiesicherheit Deutschlands und ist verantwortlich für den Verlust tausender Arbeitsplätze, die in diesem Industriesektor seit den neunziger Jahren verloren gingen.^{6, 7}

Durch die Sanktionen gegen Russland und die Sprengung der Nord-Stream-Leitungen verschärfte sich die Energiekrise in Deutschland weiter. Dass sich der überwiegende Teil der Welt nicht an den Sanktionen beteiligt, wird ignoriert.⁸ Deutschland kauft nun russisches Gas und Öl über Drittländer zu entsprechend deutlich höheren Preisen.⁹

Dies alles führt dazu, dass schon 2022 das Wall Street Journal davon schrieb, dass Deutschland die dümmste Energiepolitik der Welt betreibe.¹⁰ Deutschland hatte im Jahr 2022 die zweithöchsten Strompreise weltweit.¹¹ In einem bis dato hochentwickelten Industrieland führt das dazu, dass die Industrie dem Land den Rücken kehrt.¹² Aber nicht nur die Großindustrie wandert ins Ausland ab, mittlerweile ist es auch der Mittelstand, der Deutschland verlässt.¹³

In diesen dramatischen Zeiten treibt die Ampel-Koalition unbeirrt die verharmlosend „Energie- und Wärmewende“ genannte Politik voran. Als ob es nicht reicht, dass allein das Gebäudeenergiegesetz nach Schätzungen bis zu 2,5 Billionen Euro kostet,¹⁴ kommt jetzt noch das „Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“ – ein weiterer Baustein in der ideologiegetriebenen Politik der Regierung. Es werden alle ca. 11.000 Städte und Gemeinden gezwungen einen kommunalen Wärmeplan zu erstellen. Damit soll der Ausbau von Fernwärmenetzen vorangetrieben werden. Gleichzeitig wird angestrebt, den Anteil der „erneuerbaren Energien“ in den Fernwärmenetzen kontinuierlich auszubauen.

Dabei gibt es gleich mehrere Punkte, die in dem Gesetzentwurf nicht berücksichtigt wurden bzw. zu kritisieren sind:

1. Den kommunalen Verwaltungen werden zu den bestehenden Aufgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge weitere Aufgaben aufgebürdet. Je Stadt oder Gemeinde ist mindestens ein Verantwortlicher, also mindestens 11.000 Mitarbeiter bundesweit, nötig.¹⁵ Im öffentlichen Sektor fehlen aber 2022 laut einer PwC-Studie schon über eine Million Fachkräfte.¹⁶ Woher die zusätzlich erforderlichen Fachkräfte kommen sollen, ist nicht nachvollziehbar und kann auch von der Regierung nicht beantwortet werden. Laut o. g. PwC-Studie „(...) geht (es) um nicht weniger als die Frage, ob der öffentliche Sektor seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen kann.“

⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/185209/umfrage/belegschaft-im-steinkohlebergbau-in-deutschland-seit-1950/> Zugriff am 08.08.2023

⁷ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161209/umfrage/braunkohlenbergbau-beschaeftigte-in-deutschland-seit-1950/> Zugriff am 08.08.2023

⁸ www.wiwo.de/politik/ausland/ukraine-krieg-infografik-welche-laender-russland-sanktionieren-und-wer-sich-enthaelt/28312140.html Zugriff am 08.08.2023

⁹ www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/lachen-die-inder-gerade-deutschland-aus-li.318218 Zugriff am 08.08.2023

¹⁰ www.wallstreet-online.de/nachricht/14917166-deutschland-duemmste-energiepolitik-welt Zugriff am 08.08.2023

¹¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13020/umfrage/strompreise-in-ausgewaehlten-laendern/> Zugriff am 08.08.2023

¹² www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/standortpolitik-so-viele-deutsche-firmen-wie-seit-15-jahren-nicht-wandern-aus-kostengruenden-ab/29084292.html Zugriff am 08.08.2023

¹³ www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/mittelstand-abwanderung-100.html Zugriff am 08.08.2023

¹⁴ www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ampel-zoff-um-heiz-gesetz-eskaliert-habeck-wirft-fdp-wortbruch-vor-84035432.bild.html Zugriff am 08.08.2023

¹⁵ <https://kommunal.de/kommunale-waermeplanung-kleine-kommunen> Zugriff am 08.08.2023

¹⁶ www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/pwc-fachkraefte-mangel-im-oeffentlichen-sektor.pdf Zugriff am 08.08.2023

2. Der finanzielle Aufwand für die Verwaltung wird im gegenständlichen Entwurf bis 2028 im Abschnitt E.3 mit 553 Millionen Euro und für die folgenden Jahre mit 38 Millionen Euro jährlich angegeben, wobei nicht ersichtlich ist, auf welcher Datengrundlage diese Zahlen errechnet wurden. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages rechnet mit etwa zwei Milliarden Euro an Personalkosten allein für das Aufstellen der Wärmeplanung.¹⁷
3. Für die Wirtschaft wird der Erfüllungsaufwand im Abschnitt E.2 mit 461 Millionen Euro bis 2028, mit 415 Millionen Euro 2029 und 2030 und mit 770 Millionen Euro ab 2031 angegeben. Das sind in Summe bis 2040 etwa 11 Milliarden Euro. Was die Bundesregierung dabei nicht sagt, ist dass dieser Erfüllungsaufwand immer vom Bürger bezahlt wird. Entweder über die direkten Energiekosten oder über Steuergelder, welche als Subventionen an die Beteiligten Firmen und Verwaltungen ausgegeben werden. Dieser Erfüllungsaufwand gehört richtigerweise in den Abschnitt E.1 „Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger“.¹⁸
4. Laut gegenständlichem Gesetzentwurf müssen bestehende Fernwärmenetze bis 2030 mindestens 30 Prozent und bis 2040 zu 80 Prozent mit Wärme aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme betrieben werden.¹⁹ Im Jahr 2020 betrug der Anteil der „Erneuerbaren Energien“ in der Fernwärme 17,8%. Der Anteil stieg damit seit 2010 um gerade mal 10%. Der Anteil von Erdgas lag bei 48,1% und von Kohle bei 18,6%.²⁰ Der geplante Ausbau der „Erneuerbaren Energien“ verlangt ungeheure Speicherkapazitäten, um die Volatilität der Energieerzeugung auszugleichen. Im Moment liegt die Speicherkapazität kleiner stationärer Speicher (die Ausbaumöglichkeiten von hier nicht enthaltenen Pumpspeicherkraftwerken ist topologisch ausgeschöpft) bei 4,5 GWh.²¹ Dies ist in etwa so viel, wie Deutschland im Schnitt in weniger als einer Stunde verbraucht, bei gerade einmal 5% bis 8% des nationalen Leistungsbedarfs. Dem Ausbau der Speicherkapazitäten sind aber geografische (Wasserspeicherkraftwerke), technologische (Batterien) und kostentechnische (Wasserstoff, Batterien) Grenzen gesetzt. Laut einer neuen Studie²² ist im Jahr 2050 wirtschaftlich kein Wasserstoff durch Elektrolyse herstellbar.
5. Die jährlichen weltweiten CO₂-Emissionen betragen 2021 etwa 37 Milliarden Tonnen.²³ Die Bundesregierung hat im Jahr 2022 etwa 4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.²⁴ Das sind gerade mal 0,011% Einsparung. Bei einem Einsatz von vielen Milliarden, wenn nicht sogar Billionen Euro Steuergeld.
6. Die Kommunen werden auch in ländlichen Räumen gezwungen eine Wärmeplanung zu erstellen obwohl absehbar ist, dass diese keine Erträge bringen wird, da

¹⁷ www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2023/waermeplanung-500-millionen-euro-bund-reichen-nicht Zugriff am 24.08.2023

¹⁸ www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/Webs/BMWSB/DE/Downloads/kabinettsfassung/kommunale-waermeplanung.pdf;jsessionid=ABB7AE9C37E3BEAF85F25CECD46321A4.1_cid29-5?__blob=publicationFile&v=1 Zugriff am 01.09.2023

¹⁹ ebd.

²⁰ www.bdew.de/presse/presseinformationen/zdw-fernwaerme-126-milliarden-kilowattstunden/ Zugriff am 08.08.2023

²¹ www.mdr.de/wissen/klima-energiewende-stromspeicher-stand-heute-102.html Zugriff am 08.08.2023

²² www.fr.de/wirtschaft/wasserstoff-eu-produktion-deutschland-frankreich-energiewende-erneuerbare-energie-tbl-zr-92456593.html Zugriff am 24.08.2023

²³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37187/umfrage/der-weltweite-co2-ausstoss-seit-1751/> Zugriff am 08.08.2023

²⁴ www.fr.de/politik/waermepumpen-klimaschutz-heizungen-check-gruene-92206448.html#:~:text=Der%20Branchenverband%20BWP%20gibt%20f%C3%BCr,rund%20sechs%20Millionen%20W%C3%A4rme-pumpen%20einzubauen. Zugriff am 08.08.2023

hier die Siedlungsdichte viel zu gering ist.²⁵ Es stehen hier vielfach auch keine Lieferanten für Abwärme (Industrie) in räumlicher Nähe zur Verfügung.

7. Die mögliche Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke wird nicht in Betracht gezogen. Dabei hat die Radiant Group in einer Studie²⁶ gezeigt, dass bis zu acht Kraftwerke innerhalb kurzer Zeit wieder ans Netz gehen könnten.
8. Die Bundesregierung kann noch immer nicht plausibel erklären, welche CO₂-Einsparungen durch das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und die damit verzahnte kommunale Wärmeplanung zu erwarten sind.²⁷ Der Aktionismus, geboren aus dem Zwang rechtzeitig vor den nächsten Wahlen die grüne Agenda in Gesetze gepresst zu haben, führt zu hohen Kosten, ohne hier Prognosen über die Ergebnisse abgeben zu können.
9. Der undurchsichtige, sich ständig verändernde Förderdschungel verunsichert die Bürger und Baufirmen und verhindert Investitionen in notwendige Um- und Neubauten. Selbst die Nachfrage nach Wärmepumpen ist im ersten Halbjahr 2023 eingebrochen. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als halbiert.²⁸

Der Handwerkspräsident Dittrich sagt: „Wir erleben gerade schmerzlich, dass ökologische Nachhaltigkeit dringend von ökonomischer Nachhaltigkeit begleitet sein muss. Klimaschutz um jeden Preis ist nicht möglich“.²⁹

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Deutschland wieder für eine sichere und kostengünstige Energieversorgung zu sorgen, durch die Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken sowie durch die Ermöglichung der vermehrten Belieferung durch Pipeline-Gas, inklusive der Nord-Stream-Pipeline;
2. die Pflicht für alle Kommunen, eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen, aufzuheben;
3. den Anschlusszwang für Fernwärmenetze aufzuheben und damit die Planungssicherheit für die Bürger bei der Heizungsfrage wieder herzustellen;
4. den Beschluss des gegenständlichen Entwurfs des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze im Deutschen Bundestag nicht weiter voranzutreiben sowie auf die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) hinzuwirken.

Berlin, den 6. Oktober 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

²⁵ www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/Webs/BMWSB/DE/Downloads/kabinettsfassung/kommunale-waermeplanung.pdf;jsessionid=ABB7AE9C37E3BEAF85F25CECD46321A4.1_cid295-?__blob=publicationFile&v=1 Zugriff am 01.09.2023

²⁶ www.radiantenergygroup.com/reports/restart-of-germany-reactors-can-it-be-done Zugriff am 24.08.2023

²⁷ www.focus.de/politik/das-ist-eine-echt-farce-rund-um-das-heizungsgesetz-ist-entscheidender-punkt-unklar_id_197379121.html Zugriff am 01.09.2023

²⁸ www.faz.net/aktuell/politik/robert-habeck-und-die-waermewende-das-debakel-mit-den-waermepumpen-19089428.html Zugriff am 01.09.2023

²⁹ www.lr-online.de/nachrichten/politik/agenda-2030-die-menschen-mitnehmen_-die-jeden-tag-die-aermel-hochkrepeln_-71351435.html Zugriff am 08.08.2023

